

Bern, den 22. Oktober 1930.

C 42 A 39 - WE.

Vertraulich.

Herrn Professor Dr. G. Bachmann,
Präsident des Direktoriums
der Schweizerischen Nationalbank,

~~Basel.~~

Friedrich

Sehr geehrter Herr Präsident,

Mit Schreiben vom 3. Oktober hatten Sie die Freundlichkeit, uns Abschrift Ihres Schreibens gleichen Datums an das eidgenössische Finanzdepartement in Sachen Beteiligung der schweizerischen Banken an der Gewährung eines Kredites zu Gunsten der deutschen Regierung zu übermitteln. Sie ersuchten uns um unsere Aeusserung.

In Würdigung der von Ihnen dargelegten Sachlage und im Hinblick darauf, dass der in Frage stehende Kredit, wie Sie bemerken, nicht in Form eines Anleihe, sondern als eigentlicher Kredit schweizerischer Banken gewährt werden sollte, kamen wir unsererseits zum Schlusse, dass es kaum tunlich wäre, an dessen Gewährung irgendwelche politische Bedingungen zu knüpfen. Insbesondere schien es uns nicht angezeigt zu sein, die Gewährung des Kredites mit der aktuellen streitigen Angelegenheit "Reichsbahn gegen Basler Rheinschiffahrt", die intern noch gründlicher Abklärung bedurfte, in direkte Verbindung zu bringen. In unserem Antwortschreiben beabsichtigten wir, Sie zu ersuchen, den Banken nahezu legen, mehr beiläufig auf diese Streitigkeit hinzuweisen und der Hoffnung Ausdruck zu geben, dass die massgebenden deutschen Behörden nötigenfalls zu deren befriedigenden Lösung die Hand bieten werden.

Wir waren im Begriffe, Ihnen in diesem Sinne zu schreiben, als wir einer Pressenotiz entnahmen, dass von



schweizerischen Banken der Kredit verweigert worden sei, weil deutscherseits der gestellten Bedingung eines Entgegenkommens der Reichsbahn in der erwähnten Angelegenheit keine Folge gegeben worden sei. Mit Schreiben vom 13. Oktober geben Sie uns Kenntnis Ihres Schreibens an das Finanzdepartement vom gleichen Datum, in dem diese Pressemitteilung bestätigt wird.

Wir waren überrascht über diese Wendung der Dinge. So sehr wir es begrüßen, dass Sie uns in der Angelegenheit zur Aeusserung eingeladen haben, so sehr bedauern wir das schliessliche Vorgehen der beteiligten Banken. Wir bestreiten den schweizerischen Banken selbstverständlich in keiner Weise die Befugnis zu entscheiden, ob sie dem Ausland einen Kredit von der in Frage stehenden Art gewähren wollen oder nicht, sind aber erstaunt, dass die Banken einerseits, ohne unsere Aeusserung abzuwarten, an ihre Zustimmung eine Bedingung mit so erheblicher politischer Tragweite knüpften - von der in Ihrem Schreiben an das Finanzdepartement vom 3. Oktober gar nicht die Rede war - und andererseits von den gestellten Bedingungen von sich aus auch der Presse Kenntnis gaben.

Wir ersuchen Sie, den in Betracht fallenden Banken in der Ihnen gutscheinenden Weise von unserer Auffassung - die übrigens die Auffassung des Gesamtbundesrates ist - Kenntnis zu geben. Dabei bitten wir Sie ausdrücklich zu betonen, dass unsere berechtigte Kritik sich nicht gegen die Nichtbeteiligung am deutschen Ueberbrückungskredit an sich richtet, sondern gegen die Verquickung dieser finanziellen Frage mit einer andern ausgesprochen aussenpolitischer Natur, ohne sich vorher mit dem Bundesrat ins Benehmen gesetzt zu haben.

Zu Ihrer vertraulichen und persönlichen Kenntnisnahme beehren wir uns, Ihnen beiliegend Abschrift eines Schreibens unserer Gesandtschaft in Berlin zu übermitteln, dem Sie entnehmen wollen, welches Echo der Schritt unserer Banken an zuständiger Stelle der deutschen Reichsregierung gefunden hat.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Präsident, die Versicherung unserer vorzüglichsten Hochachtung.